56. Jahrgang. № 238. Donnerstag, 29. August 1912.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,40 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 2,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 2 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 25 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einspaltige Grundzeile 35 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Moderne Bäder und Waschtische in verschiedener Ausführung. Herstellung von Wasserleitungen. Warmwasserversorgung vom Küchenherd aus, durch Heisswasserautomaten etc. Muster-Ausstellung aller Wasserleitungsartikel, Klosetts aller Arten, Bidets. Telephon 402. **Friedrich Gappisch, Marienstrasse 11.**

Kretzschmar, Bösenberg & Co.
Königl. Sächs. Hoflieferanten
Dresden-A., Serrestrasse 5/7
gegenüber der Ortskrankenkasse.
Gegr. 1868. — Fernruf: 3160 und 17426. — Gegr. 1868.

: Lampen : für alle Lichtarten. Installation für Gas und elektrisch.
Glühkörper, Zylinder, Osramlampen
: Petroleum, Gasglühlicht, elektrisch. :

Kretzschmar, Bösenberg & Co.
Königl. Sächs. Hoflieferanten
Dresden-A., Serrestrasse 5/7
gegenüber der Ortskrankenkasse.
Gegr. 1868. — Fernruf: 3160 und 17426. — Gegr. 1868.

C. R. Richter, Kronleuchterfabrik, G. m. b. H. DRESDEN-A., Amalienstrasse 17/19 Beleuchtungskörper für Gas und elektrisches Licht.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Zeitweise aufheiternd, Nachlassen des Niederschlags.

Der König begibt sich heute vormittag 9 Uhr 40 Min. vom Neustädter Bahnhofe aus mit sämtlichen Fürstlichkeiten zur Parade nach Zeithain und trifft 3 Uhr 5 Min. nachmittags auf demselben Bahnhofe wieder ein. Abends 9 Uhr findet der große Zapfenstreich statt.

Die Kaiserreise nach der Schweiz wird nach den neuesten Bestimmungen nun doch stattfinden.

In den diesjährigen Kaisermanövern werden zum ersten Male Privatmotorboote mit verwendet werden.

Ein neues Zeppelin-Luftschiff von außerordentlicher Leistungsfähigkeit ist auf der Luftschiffwerft von Friedrichshafen im Bau.

Das schwere Unwetter in Westdeutschland hat erhebliche Verkehrsstörungen im Gefolge gehabt.

In Wanne bei Bochum wurde ein Polier unter dem dringenden Verdachte der Spionage zugunsten Frankreichs verhaftet.

Zwischen Gablon und Macom in Ostsibirien entgleiste der Eisenbahnzug, in dem sich Prinz Heinrich von Preußen befand. Verletzt ist niemand.

Die französische Regierung sieht die Lage in Marokko als so ernst an, daß sie dem General Lianthey alle erforderlichen Verstärkungen ohne weiteres zur Verfügung stellt.

800 portugiesische Priester haben durch Annahme einer Pension das Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat anerkannt.

Die Abschaffung der Stichwahlen

bei den Reichstagswahlen ist dieser Tage fast gleichzeitig von rechts und links befürwortet worden. Die fortschrittlich-demokratische „Frankf. Ztg." war es, die zuerst mit dem Vorschlage auf den Plan trat, an die Stelle des zurzeit bestehenden Systems der reinen Mehrheitswahl die Verhältniswahl, den mit einem schauderhaft unschönen süddeutschen Ausdruck bezeichneten sogen. „Proporz" (von Proportionalwahl) zu setzen. Bei der Mehrheitswahl erscheint als das öffentliche Rechtssubjekt, das Anspruch auf den einzelnen Abgeordneten hat, der festumgrenzte Wahlkreis, dessen absolute Mehrheit mit tyrannischem Zwange die Entscheidung fällt, und dessen Minderheit einfach ohne Vertretung bleibt, auch wenn sie nur um die einzige Stimme, die zu absoluter Mehrheit erforderlich ist, hinter der Mehrheitsstimmenzahl zurückbleibt. Diese Unzulänglichkeit, die dem System der reinen Mehrheitswahl anhaftet, tritt in noch verstärktem Maße bei den Stichwahlen in die Erscheinung, bei denen die unnatürlichsten Wahlbündnisse geschlossen zu werden pflegen. Es kann keine Rede davon sein, daß etwa die Stichwahlen die Unzuträglichkeiten, die mit der Unterdrückung der Minderheiten im ersten Wahlgange verbunden sind, auch nur einigermaßen ausgleichen. Im Gegenteil zeigt sich das ganze moralische Elend eines ungezügelten Wahlschachers erst recht bei den Stichwahlen, und es heißt gewiß nicht übertreiben, wenn man sagt, daß durch die nur zu häufig allen politischen Grundsätzen hohnsprechende Art der Stichwahlkompromisse unser öffentliches Leben in fährlichster Weise vergiftet wird. Das Beschämendste, was wir in dieser Hinsicht erlebt haben, ist wohl das berüchtigte Stichwahlbündnis zwischen dem Fortschritt und der Sozialdemokratie, das die Sozialdemokraten im fortschrittlichen Interesse in den in den Pakt einbezogenen Wahlkreisen zur „Abdämpfung" der eigenen Agitation verpflichtete, wofür dann die „bürgerlichen" Fortschrittler sich den radikalsten sozialdemokratischen Wahlbedingungen unterwerfen mußten. Daß Kandidaten, denen im ersten Wahlgange nicht viel an der absoluten Mehrheit fehlt, in der Stichwahl infolge wahlpolitischer Umtriebe der gegnerischen Parteien glatt durchfallen, ist gar nichts Seltenes; mit einem Worte, die Schädlichkeiten der Stichwahlen sind so allgemein anerkannt, daß eine ernstliche Meinungsverschiedenheit über diesen Punkt schlechterdings nicht mehr möglich ist. Bedenkt man nun ferner, daß bei den letzten Reichstagsneuwahlen in 191 von 397 Reichstagswahlkreisen, also fast in der Hälfte, Stichwahlen haben stattfinden müssen, und daß eine wesentliche Besserung dieses unerfreulichen Verhältnisses nach menschlicher Voraussicht nicht zu erwarten ist, so kann es von allen einsichtigen staatserhaltenden Politikern ohne Unterschied der engeren Parteirichtung nur mit Genugtuung begrüßt werden, wenn sowohl auf der rechten wie auf der linken Seite diskutable Vorschläge gemacht werden, die das Ziel einer Beseitigung des Uebels verfolgen.

Bei der von dem eingangs genannten Frankfurter Blatte befürworteten Verhältniswahl, zu der sich seinerzeit auch die sächsische Regierung in ihrem Wahlrechtsreformentwurf vom Jahre 1907 bekannte, erhalten die Wahlkreise eine sehr große Ausdehnung, und es wird für jeden solchen Wahlkörper die Zahl der zu wählenden Abgeordneten gesetzlich bestimmt; die einzelnen Parteien geben dann jede für ihren Abgeordneten eine Liste heraus. Die Ermittlung des Wahlergebnisses geschieht mit Hilfe des sogenannten Wahlquotienten. Hat z. B. ein Wahlkreis vier Abgeordnete zu wählen, und stehen sich in diesem Wahlkreise zwei Listen gegenüber, beispielsweise eine konservativ-nationalliberale und eine fortschrittlich-sozialdemokratische, die erste mit 45 000, die zweite mit 15 000 Stimmen, so wird der Wahlquotient gefunden, indem man die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen (60 000) durch die Zahl der zu wählenden Abgeordneten (4) dividiert. Da nun dieser Wahlquotient (15 000) die Einheit für die Verteilung der Mandate nach der Verhältnisvertretung bildet, so würden hiernach auf die konservativ-nationalliberale Liste 45 000 : 15 000 = 3 Mandate entfallen, auf die fortschrittlich-sozialdemokratische ein Mandat; von den Kandidaten der einzelnen Listen werden diejenigen berücksichtigt, welche die relativ größten Mehrheiten auf sich vereinigen. Auf dieser Anwendung des Wahlquotienten beruht das Wesen der proportionalen Vertretung der Minderheiten, die auf solche Weise die Sicherheit haben, an der Vergebung der Mandate beteiligt zu werden, sofern nur die Zahl ihrer Stimmen zum mindesten den Wahlquotienten erreicht. Der Proporz bietet, abgesehen davon, daß er die Wahlhandlung stets gleich im ersten Gange erledigt und die beachtlichen Minderheiten berücksichtigt, für die Wähler auch den nicht zu unterschätzenden Vorteil einer Freiheit der Gruppenbildung, wie sie beim reinen Mehrheitssystem gar nicht denkbar wäre. Beim Proporz können die Wähler aus ganz verschiedenen Teilen des großen Wahlkörpers sich zusammenfinden, und sie sind innerhalb ihres Wahlkörpers von allen lokalen Fesseln, die sich beim absoluten Mehrheitssystem so lästig bemerkbar machen, befreit. Die Liberalen erhoffen übrigens von der Einführung des Proporzes für sich einen besonderen Vorteil gegenüber der Sozialdemokratie, von der sie in zahlreichen Großstädten trotz relativ sehr großer Wählermassen „einfach erdrückt" würden, so daß ihnen schließlich „jede politische Arbeitsfreudigkeit gelähmt werden müsse". Sie glauben von der Einführung der Verhältniswahl die Garantie einer ihrem Anhange in der großstädtischen Wählerschaft entsprechenden parlamentarischen Existenz erwarten zu dürfen.

Der auf die Beseitigung der Stichwahlen abzielende konservative Vorschlag hat den früheren konservativen Reichstagsabgeordneten Domänenrat Rettich zum Urheber. Rettich ist kein Freund des Proportionalwahlsystems, sondern will seine Absicht dadurch verwirklichen, daß er an Stelle der Stichwahl eine zweite Hauptwahl setzt. Wer in der ersten Hauptwahl 40 Prozent der abgegebenen Stimmen erhält, ist gewählt. Erreicht keiner der Kandidaten diesen Satz, so findet eine zweite Hauptwahl mit beliebigen Kandidaten statt, und bei dieser entscheidet dann die relative Mehrheit. Abgesehen davon, daß auf solchem Wege keine Vertretung der beachtlichen Minderheiten erzielt werden kann, drängt sich auch die Frage auf, ob nicht bei einem derartigen Verfahren die Gefahr besteht, daß bei der zweiten Hauptwahl ähnliche, die politische Moral und das allgemeine Interesse schädigende Wahlbündnisse geschlossen würden, wie jetzt bei den Stichwahlen. Diesen Einwand sucht indessen der Urheber des Vorschlages von vornherein mit dem Hinweise zu entkräften, daß jede Partei, die im ersten Wahlgange eine einigermaßen bedeutende Stimmenzahl aufgebracht habe, bei der zweiten Wahl bestrebt sein werde, aus eigener Kraft, ohne Unterstützung durch ein Wahlbündnis mit anderen Parteien, die Entscheidung durch die relative Mehrheit zu ihren Gunsten herbeizuführen. Dabei habe sie insbesondere auch die Möglichkeit, durch die Wahl eines anderen, den Wählern genehmeren Kandidaten die Aussichten für sich zu verbessern.

Da die Frage der Abschaffung der Stichwahlen nun einmal in Fluß gebracht worden ist, so wird die Erörterung darüber wohl noch weitere Kreise ziehen, und es erscheint daher angebracht, die einzelnen Vorschläge mit ihrem Für und Wider unparteiisch zu prüfen und die Entwicklung der Angelegenheit im Auge zu behalten.

Drahtmeldungen

vom 28. August.

Gegen die Teuerung.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht Grundsätze des königlichen Staatsministeriums für die Gewährung von Zuwendungen aus den dazu gestifteten Fonds an die zu oder vor dem 1. April 1908 in den Ruhestand tretenden Pensionäre, sowie die Witwen und Waisen dieser Pensionäre und der vor dem 1. April 1908 gestorbenen aktiven Beamten zur Milderung der sich für sie aus den eingetretenen Teuerungsverhältnissen ergebenden Härten.

Posen. (Priv.-Tel.) Um der in Posen herrschenden Fleischnot zu steuern, hat der Magistrat beschlossen, die Einfuhr großer Quantitäten frischen Fleisches aus Rußland in die Wege zu leiten.

Zum bevorstehenden Regierungsjubiläum des Kaisers.

Berlin. (Priv.-Tel.) In vielen Kreisen der Bevölkerung ist die Absicht geäußert worden, aus Anlaß des bevorstehenden 25jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers ihrer Verehrung für den Monarchen und ihrer Freude über dieses Fest durch Geschenke und Darbietungen verschiedener Art Ausdruck zu geben. Durch mehrfache Anfragen sind diese Wünsche auch zur persönlichen Kenntnis des Kaisers gekommen. Wie die „Nat.-Ztg." hört, möchte er indessen bei aller Anerkennung der hierin zum Ausdruck kommenden Gesinnung die Annahme von persönlichen Geschenken aus dem erwähnten Anlaß versagen. Dagegen würde es dem Wunsche des Kaisers entsprechen, wenn die hierfür etwa in Aussicht genommenen Mittel wohltätigen, gemeinnützigen oder patriotischen Zwecken unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der betreffenden Bevölkerungskreise zugewendet werden.

Keine neue Militärvorlage.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Meldung von einer neuen Militärvorlage, die dem Reichstage sofort nach seinem Zusammentritt zugehen und die Einführung eines automatischen Gewehres in der Armee betreffen sollte, ist nach Erkundigung an zuständiger Stelle eine glatte Erfindung, der jede Spur eines Anhalts mangelt. (Wie wir bereits der Bekanntgabe dieser Meldung hinzufügten, erschien sie von allem Anfang an als sehr unwahrscheinlich. D. Red.)

Probefahrten des ersten Turbinen-Linienschiffes.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das erste Linienschiff mit Turbinenantrieb, der am 1. August unter dem Kommando des Kapitäns zur See v. Ammon auf der Marinewerft Kiel zum Dienst gelangte „Kaiser", hat jetzt seine Ausrüstung beendigt. Das Linienschiff ist zum ersten Male in See gegangen, um nun mit den Probefahrten zu beginnen, die sich bis in die Herbstmonate hinein erstrecken werden.

Verhaftung wegen Spionageverdachts.

Berlin. (Priv.-Tel.) In Wanne bei Bochum wurde gestern der bei der Tiefbaufirma Leonhard Moll angestellte Polier Heinrich Häusner unter dem dringenden Verdachte der Spionage zugunsten Frankreichs verhaftet. Häusner hat schon vor vielen Jahren wegen Spionageversuche eine längere Gefängnisstrafe verbüßt. Er ist auch sonst ein mehrfach vorbestrafter Mensch.

Zum Konkurs der Göttinger Bank.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Konkurs der Göttinger Bank hat der Gläubigerausschuß nach langwierigen Verhandlungen einen Status festgestellt, der einen ziemlich sicheren Ueberblick über die Finanzlage ermöglicht. Es ist danach die Möglichkeit gegeben, den Gläubigern 82 Prozent ihrer Forderungen zu gewähren.

Ermordung eines Deutschen in Nicaragua.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der in Nicaragua ermordete deutsche Reichsangehörige heißt Albert Nielsen. Der Täter ist bereits ermittelt. Von der deutschen Vertretung ist bei der Regierung von Nicaragua die sofortige Verhaftung und Bestrafung des Mörders verlangt worden.

Die Friedensverhandlungen in der Schweiz.

Mailand. (Priv.-Tel.) „Corriere della Sera" bestätigt, daß seit vierzehn Tagen in der Schweiz Friedensbesprechungen stattfinden. Italien ist hierbei von den Exministern Bertolini und Fusinato, sowie von dem Commendatore Volti, die Türkei von Nabi Bey, dem Gesandten in Sofia, und Sadreddin Bey, dem Gesandten in Cetinje, vertreten. — „Messaggero" veröffentlicht ein Interview mit einer hervorragenden österreichischen Persönlichkeit, demzufolge der Friede zwischen Italien und der Türkei bevorstehen und innerhalb weniger Tage zum Abschluß gelangen soll.

Die Trennung von Kirche und Staat in Portugal.

Rom. (Priv.-Tel.) 800 portugiesische Priester haben erklärt, daß sie die im portugiesischen Gesetze über die Trennung von Kirche und Staat für sie vorgesehene

Ebt Pfunds Yoghurt!